

Oberzolldirektion  
Sektion Fahrzeuge und  
Strassenverkehrsabgaben  
3003 Bern

Bern, 8. Juli 2011

## **Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes im Rahmen der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes haben Sie die Grüne Partei zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage äussern zu können.

Die Erhöhung des Preises für die Autobahnvignette ist eine Folge der Erweiterung des Nationalstrassennetzes, welche die Grünen bereits 2008 ohne Erfolg abgelehnt hatten. In der Vorlage geht es also im Wesentlichen nur noch um die Frage, wie die Mehrkosten finanziert werden sollen. Die Grünen bedauern jedoch, dass diese Frage getrennt vom parallel laufenden Projekt zur Neuordnung der Finanzierung der Bahninfrastruktur beantwortet werden soll. Dadurch wird die Chance verpasst, aus einer umfassenden Perspektive die verkehrsträgerübergreifende Finanzierung des Gesamtverkehrs weiterzuentwickeln.

Abgesehen von diesen Einschränkungen begrüssen die Grünen die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette zur Finanzierung der Mehrkosten aufgrund der Erweiterung des Nationalstrassennetzes. Allerdings sollen die Einnahmen nur für den Betrieb und den Unterhalt verwendet werden. Das Projekt zur Einführung einer elektronischen Vignette unterstützen die Grünen ebenfalls. Dies erlaubt einen weiteren Schritt in Richtung einer verursachergerechten Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen.

Wir bitten Sie, die folgenden Anliegen und Anträge wohlwollend zu prüfen und die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Aline Trede  
Vizepräsidentin



Urs Scheuss  
Fachsekretär

# **Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes im Rahmen der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz; Vernehmlassung**

## **Antwort der Grünen Partei der Schweiz**

### **Einleitend**

Eine nachhaltige Verkehrspolitik koordiniert die verschiedenen Verkehrsträger. Der Verkehr soll insgesamt umweltfreundlich, ressourcenschonend und energieeffizient abgewickelt werden sowie den Zugang für alle zur Mobilität gewährleisten. Dies gilt nicht nur für Planung, Bau und Betrieb der dazu benötigten Infrastrukturen, sondern auch für deren Finanzierung. Die Grünen unterstützen eine verkehrsträgerübergreifende Finanzierung des Verkehrsinfrastrukturen, damit der umwelt- und menschenfreundlichen Mobilität ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Neben dem vorliegenden Entwurf, welcher eine Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes vorsieht, hat der Bundesrat parallel dazu einen Vorschlag zur Finanzierung der Bahninfrastruktur in die Vernehmlassung geschickt. Die beiden Vorlagen sind jedoch inhaltlich unabhängig voneinander und die Grünen bedauern es, dass die künftige Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen nicht aus einer Gesamtschau heraus angegangen wurde. Stattdessen werden Strasse und Schiene getrennt voneinander betrachtet und bei der Finanzierung der Bahninfrastruktur wird einseitig auf die Beteiligung der Nutzenden und Nutzniessenden gesetzt. Die bewährte Mitfinanzierung des öffentlichen Verkehrs durch die Strasse wird dadurch teilweise aufgegeben und der Wettbewerbsvorteil des öVs schwindet. Dies wirkt dem Umsteigen auf nachhaltige Mobilitätsformen entgegen. Dabei betragen die ungedeckten Unfall- und Umweltkosten der Strasse sieben bis acht Milliarden Franken, diejenige der Schiene dagegen nur eine halbe Milliarde. Das Verursachungsprinzip wird bei der Strasse ungenügend umgesetzt.

### **Erweiterung des Nationalstrassennetzes**

Bereits in der Vernehmlassung im Jahr 2008 zum Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel äusserten sich die Grünen ablehnend zur Erweiterung des Nationalstrassennetzes und verlangten ein Konzept für die grösstmögliche Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene. Insbesondere lehnten die Grünen die Aufnahme von Kantonsstrassenabschnitten mit einer Länge von insgesamt 400 km in das Nationalstrassennetz ab. An dieser Haltung hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert.

Die Aufnahme von 400 km Kantonsstrassen ins Netz der Nationalstrassen führt gemäss den Unterlagen zur Vernehmlassung zu Mehrkosten von jährlich 305 Mio. CHF für Ausbau, Betrieb und Unterhalt. Die Aufteilung der Kosten auf die drei Bereiche ist jedoch nicht angegeben. Somit besteht die Gefahr, dass grössere Ausbauvorhaben geplant werden. Hinweise zum Ausbau sind auch deshalb nötig, weil der Vernehmlassungsentwurf davon spricht, dass ein grosser Teil der Strassen bereits gebaut sind. Welches ist aber der Umfang der neu zu bauenden Abschnitte?

### **Finanzierung durch Erhöhung des Preises der Autobahnvignette**

Aufgrund der Tatsache, dass die Erweiterung des Nationalstrassengesetzes nun beschlossene Sache ist, geht es in der Vernehmlassung im Wesentlichen noch darum zu klären, wie die Mehrkosten finanziert werden sollen. Dabei soll laut Bericht zur Vernehmlassung der Bundeshaushalt nicht zusätzlich belastet werden. Die Grünen unterstützen diesen Grundsatz. Allerdings verlangen sie, dass die zusätzlichen Mittel nur für den Betrieb und den Unterhalt der neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen Strassen verwendet werden können. Einen weiteren Ausbau lehnen die Grünen nach wie vor ab, da dies zu mehr Verkehr auf den Strassen führt.

Bei der Beschaffung der finanziellen Mittel begrüssen die Grünen ein Modell, welches vollständig die Strassennutzung belastet. In diesem Sinne bevorzugen sie eine leistungsabhängige Lösung, welche die gefahrenen Kilometer berücksichtigt. Die im vorliegenden Entwurf vorgeschlagene Erhöhung des Preises der Autobahnvignette zur Finanzierung der Mehrkosten ist grundsätzlich richtig. Ungenügend ist sie jedoch im Sinne, dass sie lediglich pro Fahrzeug erhoben wird.

Der Preis für die Autobahnvignette soll schliesslich erst dann erhöht werden, wenn die Einnahmen daraus benötigt werden. Dies ist im Jahr 2014 der Fall, wenn der Bund die Kantonsstrassenabschnitte ins Nationalstrassennetz aufnimmt.

### **Elektronische Vignette**

Die Grünen begrüssen das Vorhaben zur Einführung einer elektronischen Vignette und unterstützen die Durchführung weiterer Abklärungen dazu. Dabei kann auf die Erfahrungen aus der LSVA zurückgegriffen werden. Damit würde das Mobility Pricing in der Schweiz weiterentwickelt.